

## Druck auf polnische Gerichte

Kaczynski: Pflicht polnischer Gerichte, im polnischen Nationalinteresse tätig zu sein.

Wladylaw Glowacki fühlt sich „im eigenen Land vertrieben“. Der Familienvater aus dem nordostpolnischen Narty muss sich bis Ende 2008 mit seiner zwölköpfigen Familie eine neue Bleibe suchen. Ein Gericht entschied, dass die auf Rückgabe ihres Eigentums klagende ehemalige Besitzerin Anspruch auf das Haus habe. Mit ihrer Familie war sie 1977 als Spätaussiedlerin in die Bundesrepublik gegangen, nun will sie das Grundstück zurück. „Ich fühle mich, als ob ich schon auf gepackten Koffern sitze. Nur weiß ich nicht, wohin wir gehen“, sagte Glowacki der polnischen Zeitung „Rzeczpospolita“.

Kurz danach erhielt die Familie Glowacki prominenten Besuch: Ministerpräsident Kaczynski höchstpersönlich sicherte den Glowackis und anderen Familien in der Region im ehemaligen Ostpreußen, die nun nach erfolgreichen deutschen Eigentumsklagen ihre Häuser aufgeben müssen, seine Unterstützung zu. Er schalt die polnischen Gerichte, die aufgrund von Grundbucheintragungen zugunsten

der früheren Eigentümer entschieden hatten. Seine Regierung werde sich um Gesetzesänderungen bemühen, versprach Kaczynski. Auch eine Einmischung in die unabhängige Rechtsprechung scheint dem Juristen Kaczynski vertretbar: „Es muss vollkommen klar sein, dass es Pflicht der Gerichte ist, im Einklang mit der polnischen Staatsräson, dem polnischen Nationalinteresse tätig zu sein.“ Er wolle alle Richter, besonders die des Obersten Gerichtes, zu einer entsprechenden Rechtsprechung aufrufen, kündigte Kaczynski an. „Das ist unser Land“, versichert Glowacki immer wieder. Wiederholt habe die Familie versucht, das Haus zu kaufen, in dem sie seit 30 Jahren lebt. Doch die Behörden hätten nicht zugestimmt. Die Unruhe ist groß im Südwesten Polens. Viele fürchten, dass nach ersten deutschen Erfolgen vor polnischen Gerichten eine regelrechte Klagewelle droht. Schließlich hatten in den 70er und 80er Jahren Hunderttausende von Deutschen als Spätaussiedler Polen verlassen.

Piotr Hofmanski, der Sprecher des Obersten Gerichts, zeigte sich irritiert über die Einmischung Kaczynski in die Klageverfahren. „Das ist ein Aufruf an die Richter, das Gesetz zu brechen“, sagte er der „Gazeta Wyborcza“ über die Forderung nach Staatsräson zu entscheiden. „Die Gerichte halten sich entsprechend der Verfassung ausschließlich an das Gesetz. An die Staatsräson sollen sich die Politiker halten.“